



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verkehrsregister.

Für die Woche vom 15. bis 21. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 42 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins am 25. und 26. September in Goslar.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat auch in diesem Jahre eine Kriegstagung abgehalten. Der recht umfangreiche Geschäftsbericht zeigt, daß durch die Kriegszeit und ihre Folgen sich auch im Deutschen Buchdrucker-Verein die Arbeit in verschiedenen recht wichtigen Punkten stark vermehrt hat. Der Mitgliederstand ist von 4348 (1914) auf 4217 (1915) gesunken, wodurch sich die Beitragseinnahme von 124 782 M. (1914) auf 108 836 M. (1915) verringerte.

Aus den Einnahmen des Fonds für besondere Zwecke wurden 1915 51 626,66 M. als Unterstützungsbeträge in Sterbefällen ausgezahlt. In den Jahren 1913 und 1914 wurden für denselben Zweck 56 541,66 M. ausgegeben, das ergibt eine Summe von 108 168,32 M. für Beiträge in Sterbefällen seit Schaffung des Fonds für besondere Zwecke. Der Bericht besagt, daß diese Ausgaben durch die Kapitalzinsen des Fonds gedeckt werden konnten; daselbe wird von dem Vorstand für 1916 erwartet.

Ueber den Mangel an Waschseife wird berichtet, daß die Anträge auf Ueberlassung einer entsprechenden Menge Seife vom Kriegsausfluß für pflanzliche und tierische Öle und Fette abgelehnt wurden mit dem Hinweis, daß Seifenersatzmittel von bester Qualität hergestellt werden konnten, welche die Reinigung der Hände in ausreichender Weise bewirken. Daß diese Ersatzmittel weit früher die gute Seife von den Prinzipalpalen dem Personal unentgeltlich geliefert werden möchte, darüber sagt der Bericht nichts. — Ueber die Tarifveränderung und die bisher empfohlenen Feuerungsanlagen verzeichnet der Bericht die auch von uns schon früher gebrachten Bekanntmachungen und die Sätze für lebige und verheiratete Gehilfen. Dann wird berichtet, daß auf Grund des Schreibens, das der Gehilfenverband auf seiner letzten Souborsteherkonferenz an den Deutschen Buchdrucker-Verein richtete (siehe Bericht in der „Solidarität“ vom 7. Oktober 1916), die darin erbetene Rücksprache am 22. September in Goslar stattgefunden hat. Teilgenommen haben daran Vorstandsmitglieder der Prinzipalvereinigung, des Buchdrucker-Verbandes und des Gutenberg-Bundes.

In seiner Sitzung am 23. September hat der Deutsche Buchdrucker-Verein auf Grund dieser Beratung vom 22. September beschlossen, die Prinzipalpalen-Laristfreisvertreter zu ersuchen, sich mit der baldigen Regelung der Frage zu befassen, damit auf diesem Wege die Stellungnahme der gesamten tarifstreuen Prinzipale bekannt wird. Es ist von der Hauptversammlung nach eingehender Debatte folgender Beschluß gefaßt worden:

„Die Hauptversammlung nimmt von der vorstehenden Entschliebung des Vorstandes Kenntnis und stimmt ihr zu. Sie überweist die bereits zur Aussprache gekommenen Vorschläge den Prinzipalpalen-Laristfreisvertretern als Material.“

Dem Vorstand wurde überlassen, die nötigen Schritte zur Weiterverfolgung der Sache zu tun. In dem Bericht des Vorstandes und in der Diskussion wird nur von Gehilfen gesprochen. Die Einbeziehung einer Beratung über erneute Feuerungsanlagen für das Hilfspersonal haben wir mit starkem Bedauern vermißt.

Wenn auch unser Tarifverhältnis mit den Prinzipalpalen noch kein allgemein zentrales ist, so besteht doch für die überaus größte Anzahl der im Buchdruck beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein tariflich geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis, das ebenfalls durch die Vermittlung des Herrn Geschäftsführers B. Schließ für die gleiche Dauer verlängert wurde wie das der Gehilfen. — Unsere Organisationsleitung wird nicht versäumen, durch den Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins den Herren Prinzipalpalen-Laristfreisvertretern auch unsere Wünsche zu übermitteln, und wir erhoffen dieselbe Berücksichtigung, die gehilfenseitig erwartet wird.

Von besonderem Interesse für uns ist der Bericht über den Zusammenschluß der Unternehmerverbände im graphischen Gewerbe. Der Bund ist am 4. Juli 1916 in Berlin gegründet worden. Die Hauptversammlung hat beschlossen, daß sich auch der Deutsche Buchdrucker-Verein mit einem Jahresbeitrag von 3000 M. dem Bunde der Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung anschließt.

Der Bund setzt sich aus nachfolgenden Vereinigungen zusammen:

- Arbeitgeber-Verband für die Kartonnagen- und Portefeulles-Industrie,
- Autochrom-Konvention,
- Börsenverein der Deutschen Buchhändler,
- Bund der Chemigraphischen Anstalten,
- Deutscher Buchdrucker-Verein,
- Deutscher Musikalien-Verleger-Verein,
- Deutscher Kupfer- und Tiefdruck-Verband,
- Deutscher Verleger-Verein,
- Konvention für Lichtpauspapier,
- Neue Bromsilber-Konvention,
- Neue Chromo-Postkarten-Konvention,
- Papier-Industrie-Verein,
- Schnitzverband für die Postkarten-Industrie,
- Verband Deutscher Buchbindereibesitzer,
- Verband der Fachpresse Deutschlands,
- Verband Deutscher Faltschnitgel-Fabrikanten,
- Verband Deutscher Steindruckereibesitzer,
- Verband der Lüten- und Beutel-Fabrikanten,
- Verband Süddeutscher Lüten-Fabrikanten,
- Verein der Briefumschlag-Fabrikanten,
- Verband der Chromo- und Buntpapier-Fabrikanten,
- Verein Deutscher Tapeten-Fabrikanten,
- Verband Deutscher Papier-Pharmazentischer Kartonnagen und Papierwaren,

Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels, Vereinigung der Buchbindereibesitzer des Geschäftsbücherfaches, Zentral-Verband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten.

Als Aufgaben des neuen Bundes wurden benannt: die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der angeschlossenen Verbände gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, Regierungen, Behörden und der Öffentlichkeit einheitlich und wirksamer, als dies die einzelnen Verbände vermögen, zu vertreten. Die im Bunde vereinigten Verbände bleiben in ihrer Organisation, sowie in der Behandlung ihrer besonderen fachlichen und beruflichen Angelegenheiten durch die Tätigkeit des Bundes völlig unberührt und unabhängig. Die Gründung des Bundes war für die an ihm beteiligten Gewerkschaften notwendig im Hinblick auf die künftige Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens. Voraussetzlich werden sich viele in der Kriegszeit entstandene Organisationen zu dauernden Einrichtungen entwickeln und viele Angelegenheiten von Reichs- oder Staatswegen neu geregelt werden. Beim Eintreten der neuen, zum Teil schon in der Entwicklung begriffenen Verhältnisse werden die besser organisierten Erwerbsgruppen leichter als die weniger gerüsteten bei Wahrung ihrer Interessen und Bedürfnisse Gehör an den maßgebenden Stellen finden.

Diesen letzten Satz, der ganz besonders auch für die Arbeiterverbände aller Berufe in dieser Zeit als Leitmotiv all ihrer Handlungen gelten sollte, haben wir unterstrichen.

Es ist also zu verzeichnen, daß die Unternehmer eines großen vielverzweigten Gewerbes eher zu einem Zusammenschluß gekommen sind, als es bei der Arbeiterschaft geschehen konnte! Wann wird der Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes gegründet werden?

Der geschäftsführende Ausschuß des Bundes setzt sich zusammen aus Herrn Max Krause (Vorsitzender des Papier-Industrie-Vereins), Herrn Direktor Hans Kraemer (Vorsitzender der Zollvereinigung) und Herr Dr. Viktor Klinkhardt (Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Vereins), Generalsekretär ist Herr Syndikus Eugen Hager, die Geschäftsstelle des Bundes ist in Berlin, Linienstraße 22.

In den Vorstand des Bundes wurden vom Deutschen Buchdrucker-Verein folgende Herren gewählt: Dr. Klinkhardt-Leipzig, Dr. Breithaupt-Berlin, F. A. Graß-München, Otto Grüttestien-Erfeld; als Stellvertreter die Herren: Ernst Haberland-Leipzig, Ernst Boll-Berlin, Kommerzienrat Gerber-München, Ehr. Münstermann-Gelsenkirchen.

Ueber die Druckpreiserhöhung wurde ebenfalls eingehend berichtet, wobei das Entgegenkommen der Behörden lobend hervorgehoben wurde. Während der Kriegsdauer sind die Druckpreise zweimal erhöht worden, und bei Bewilligung einer weiteren Feuerungszulage wird, bei den sehr

stark gesteigerten Preisen für Papier und alle Bedarfsartikel im Buchdruckgewerbe, eine weitere Druckpreiserhöhung erfolgen müssen.

Die umfangreiche Arbeit der Tagung in Goslar konnte hier nur in knappen Auszügen der uns besonders interessierenden Punkte gewürdigt werden, aber auch diese knappe Zusammenfassung zeigt uns erneut, mit wie regem Eifer die Prinzipale unseres Gewerbes ihre Interessen vertreten.

Von der Tagung der Prinzipals-Larifreivertreter, die ja bald zu erwarten ist, erhoffen wir eine gerechte Würdigung der außerordentlichen Notlage des Hilfspersonals und eine entsprechende Teuerungszulage.

Einsicht und Entgegenkommen der Arbeitgeber.

Der über Erwarten lang andauernde Krieg und das Bestreben unserer Gegner, Deutschland auszuhungern, hat dazu geführt, daß mit den für die menschliche Existenz nötigen Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln sehr sparsam gewirtschaftet werden muß. Ob hier und dort Staat oder Gemeinde eine Schuld an dieser Katastrophe trägt, soll hierbei nicht unterjucht werden. Tatsache ist, daß die arbeitende Klasse unter derartigen Umständen das meiste zu erleiden hat und tragen muß. Erstens kommen die Einkommens- resp. Verdienstverhältnisse in Betracht, und es kann ohne weiteres gesagt werden, daß diese in jeder Weise für den teuren Lebensunterhalt zurzeit unzureichend sind. Zweitens hat diese eingeschränkte Lebensweise, zu der die ärmere Bevölkerung infolge der Unzulänglichkeit ihrer Geldmittel gezwungen ist, unbedingt eine Unterernährung gezeitigt. Letzteres ist ersichtlich, wenn man die Arcistenstatistiken der Ortskrankenkassen und Gewerkschaften prüft. Wer schwer arbeiten muß, und das hört man häufig sagen auch von solchen Personen, die leichtere Arbeit verrichten, klagt über zunehmende Verminderung der Körperkraft. Letztere Ursachen sind zweifellos eine ganz natürliche Folgeerscheinung der unzulänglichen Ernährungsweise, unter der die Arbeiterschaft am meisten leidet.

Um diese allgemeine Notlage zu verbessern, sah sich die Arbeiterschaft genötigt, an ihre Arbeitgeber heranzutreten und um Lohn- bezw. Teuerungszulagen zu bitten.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß einige Unternehmer einsichtsvoll genug waren und schon mit dem Einsetzen der Teuerung, gleich nach Kriegsbeginn, ohne Aufforderung, aus eigener Initiative ihrer Arbeiterschaft entgegenkamen. Die ansteigende Teuerung weiß von zwei- und dreimaliger Erhöhung solcher Zulagen seitens einzelner Unternehmer zu berichten. Leider sind selbst diese Zulagen im Verhältnis zur Teuerung durchaus unzureichend. Durch die Verteuerung der Betriebskosten usw. sind den Druckereibesitzern gleichfalls höhere Ausgaben entstanden, was hier genügend gewürdigt werden soll. Dafür haben die Arbeitgeber aber als einen Teilausgleich Preiserhöhungen der Fabrikate eintreten lassen, was ja durchaus verständlich ist! Ein ganz verschwindend geringer Prozentsatz ist hier von in Form von diversen Zulagen der Druckereiarbeiterschaft zugefallen, und neue Verteuerungen zwingen diese, sich wieder an ihre Arbeitgeber um einen Teilausgleich zu wenden. Trotz der ungeheuren Teuerung und wiederholter Vorstellung gibt es doch Arbeitgeber, die sich hartherzig ablehnend verhalten haben.

Unter vollständiger Verkennung der Notlage der Arbeiterschaft haben einzelne Prinzipale dort, wo sie durch Einberufungen gezwungen waren, neue Kräfte einzustellen, diesen höhere, zeitgemäße Löhne bieten müssen und gegeben, als die übrigen Arbeiter der gleichen Branche im Geschäft beziehen. Bei einer großen Firma in D. stehen Kollegen mit längerer, sogar über 25 jähriger Dienstzeit im Betrieb, die einen Wochenlohn von 23,— Mk. verdienen. Wiederholtes Nachsuchen und Bitten hat den Herrn Direktor aber bis jetzt nicht zu Bewegungen vermocht, gerade diesen alten verdienten Arbeitern etwas zuzulegen. Er weiß recht gut, daß ein älterer verheirateter Mann und Familienvater sich mehr an den Betrieb gebunden fühlt als ein junger, lediger Mann, der nach Belieben wechseln kann. Außerdem motiviert dieser Herr seine ablehnende Haltung damit, daß er sagt, diese Leute sind nicht mehr genügend leistungsfähig! Die mitarbeitende Kollegenschaft aber bestreitet das. Wo bleibt in solchen Fällen die Anerkennung für langjährige treue Arbeit und Pfllichterfüllung? Verschiedene Firmen könnten genannt werden, wo solche Arbeiterveteranen der Stolz des Unternehmens sind, weil sie einen Beweis für gegenseitiges gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und -nehmer dokumentieren.

Bei derselben Firma wurde z. B. ein junger Mann eingestellt, der zunächst 20 Mk. Lohn erhielt. Da er nicht auskam, suchte er um Zulage nach und bekam ohne Umstände 3 Mk. mehr. Gewiß nur deshalb, um bei dem Lentemangel diese Kraft nicht zu verlieren.

Hier am Orte ist zu verzeichnen, daß die Arbeitgeber mit noch wenig Ausnahmen Zulagen gewährt haben, allerdings in verschiedener Höhe und teilweise unter gewissen Voraussetzungen. Unter den derzeitigen Umständen ist an eine den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Erhöhung der Löhne nicht zu denken und ist auch gar nicht gefordert worden. Jeder denkende Mensch wird aber soviel Einsicht besitzen müssen, daß mit den seither gezahlten Löhnen unmöglich auszukommen ist. Die zurzeit gezahlten Löhne reichen nicht aus, den Wagen notdürftig zu befriedigen, um arbeitsfähig zu bleiben. Alle anderen, zum Teil gleichfalls unentbehrlichen Bedürfnisse müssen, wo irgend angängig, zurückgestellt werden.

Der vielgerühmte Burgfrieden ist von der deutlichen Arbeiterschaft selbst unter mancherlei Entbehrungen hochgehalten worden. Unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse hat aber das Unternehmertum nicht allervärs nicht alle bescheidenen Wünschen der Arbeiterschaft entsprochen. Die Erhaltung eines kräftigen, zufriedenen Arbeiterstandes liegt aber zweifellos auch im Interesse der Arbeitgeber selbst. Durch den vielleicht noch lange andauernden Krieg wird aber der Arbeiterschaft, wenn ihr bei der Knappheit aller Lebensmittel und dementsprechender Verteuerung durch mindere Löhne die Kaufkraft versagt ist, schwerer Schaden zugefügt. Dauernde Entbehrungen und Unterernährung müssen die Arbeitskraft des Einzelnen beeinflussen zum Nachteil des Gewerbes. Bei einem an sich schon einfachen Haushalte, wie ihn der Mann, der von seiner Hände Arbeit leben muß, führen kann, bedeutet das aber nach längerer Dauer eine Verarmung, die der an sich schon Beschloßene nie wieder zu beheben vermag. Einsichtsvolle, entgegenkommende Arbeitgeber werden dennoch immer in der Lage sein, Arbeitskräfte zu erhalten, wenn sie annehmbare Löhne bieten, die einigermaßen die Möglichkeit gewähren, recht und schlecht den Daseinskampf zu führen. Einen Unterschied zwischen ledigen und verheirateten Arbeitern machen aber die wenigsten Prinzipale. Von kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet, wird in der Regel nur die Arbeitskraft des Einzelnen be-

Die Erfindung der Dampfmaschine.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die hin- und hergehende Bewegung des Balancier's konnte, so folgerte Watt, durch Anwendung einer einfachen Kurbel, die an den Balancier angeschlossen wurde, sehr leicht in eine rotierende Bewegung umgewandelt werden. Das verlangte aber eine tiefeingreifende Aenderung der inneren Konstruktion und Erzielweise der ganzen Maschine.

Watts Maschine der damaligen Konstruktion, wie sie also zur Wasserpörderung benutzt wurde, war noch eine einseitig wirkende Dampfmaschine, bei welcher der Dampf seine treibende Kraft nur auf die eine, nämlich die obere Seite des Kolbens während dessen Niederganges ausübt, während der Aufstieg des Kolbens durch das Gewicht am andern Ende des Balancier's bewirkt wurde. Hierbei genügte es vollständig, wenn die Kolbenstange mit dem Balancier durch eine Kette verbunden war. Die einseitige Wirkung des Dampfes brachte aber eine gewisse Ungleichförmigkeit der Bewegung des Kolbens wie überhaupt der ganzen Maschine mit sich, die beim Betrieb einer Pumpe nicht weiter störend war, der Erzielung einer rotierenden Bewegung bezw. dem Antrieb von Werkmaschinen, etwa einer Spinnmaschine, aber ein großes Hindernis entgegensetzte. Eine größere Gleichförmigkeit der Bewegung der Maschine mußte sich aber erreichen lassen, wenn sowohl Aufstieg wie Niedergang des Kolbens durch die Dampfkraft bewirkt wurden. Die Lösung dieser Aufgabe war also das Nächste, was Watt bei seinem Bestreben, die Dampfmaschine für die Zwecke der allgemeinen Industrie umzubauen, zu-

finden hatte, und er fand diese Lösung durch eine abermalige Umgestaltung des Dampfzylinders. Der von ihm erfundene Zylinder ist aus Fig. 4 ersichtlich. An diesem führt das Rohr A zum Dampfessel, B hingegen zum Kondensator. E ist ein Vierwegehahn, d. h. ein Hahn mit doppelter Bohrung, der bereits von Papin erfunden worden sein soll. Hat der Hahn die Stellung wie in I der Fig. 4, so strömt, wie aus der Zeichnung ersichtlich ist, der Dampf aus dem Kessel über den Kolben, während die unterhalb des Kolbens be-

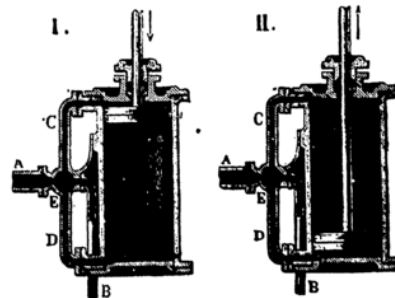


Fig. 4. Watts doppelwirkender Dampfzylinder.

findlichen Dämpfe in den Kondensator entweichen. Infolgedessen wird der Kolben nach unten getrieben. Ist er hier angelangt, so nimmt der Vierwegehahn die Stellung wie in II ein. Jetzt tritt der gespannte Dampf unter den Kolben, während die oberhalb des Kolbens befindlichen verbrauchten Dämpfe durch das Rohr C und B entweichen, so daß jetzt der Kolben hochgetrieben wird, worauf das Spiel von neuem beginnt. Der Dampf bewirkt hierbei also sowohl den Aufstieg wie den Niedergang des Kolbens, indem er abwechselnd auf die obere und die untere Seite des Kolbens tritt.

Durch diese Umgestaltung des Zylinders war die Maschine also zu einer doppelwirkenden Dampfmaschine geworden, deren Vorgang in einer bedeutend gleichmäßigeren und ruhigeren Bewegung gegenüber der einseitig wirkenden Maschine besteht. Des weiteren war es nötig, die Kette, die bisher den Kolben mit dem Balancier verband, durch eine feste und starre Verbindung zu ersetzen. Die Schwierigkeiten dieses Problems waren erhebliche und bestanden darin, daß die Kolbenstange eine gradlinige Bewegung macht, dagegen das Ende des Balancier's, an das die Kolbenstange angeschlossen werden sollte, einen Kreisbogen beschreibt, dem sich die biegsame Kette zwar leicht anpaßt, der einem starren Verbindungsorgan jedoch Schwierigkeiten bereitet. Es galt also, die gradlinige Bewegung der Kolbenstange mit der bogenförmigen des Balancier's in Einklang zu bringen. Das erreichte Watt durch einen neuen Mechanismus, nämlich das nach ihm benannte Wattsche Parallelogramm, dessen Konstruktion aus Fig. 5 ersichtlich ist. An dem Balancierende sind hier in einiger Entfernung von einander die beiden gleich großen Stangen A und B drehbar angebracht und gleichzeitig durch die untere Stange C verbunden. Die Stange D greift an der Verbindungsstelle von B und C ein und schwingt an ihrem anderen Ende um einen feststehenden Zapfen. E endlich ist ein Stück der Kolbenstange. Bei dieser Anordnung bewegt sich, sobald die Kolbenstange in Bewegung kommt, der Punkt, an welchem die Kolbenstange mit dem Parallelogramm verbunden ist, in einer nahezu geraden Linie, während die anderen Punkte die kreisförmigen Bewegungen des Balancier's mitmachen. Damit war auch dieses schwierige technische Problem gelöst, die Kolbenstange mit dem Balancier fest verbunden und dennoch die verschiedenartige Bewegung beider in Einklang gebracht.

wertet, wogegen sich wenig einwenden läßt. Es ist jedoch, von wirtschaftlicher Seite betrachtet, ein großer Unterschied, ob der oder jener Arbeiter bezw. Arbeiterin nur für sich oder für so und soviel Kinder oder sonstige Angehörige (alte Eltern) zu sorgen hat. Mit wenig Ausnahmen am Orte, wo Firmen in loyaler Weise höhere Zulagen bewilligt haben, betragen letztere pro Kopf wöchentlich nur 1,26 M. Die Arbeiter-Gesuche in den Tageszeitungen sowie die Arbeitsnachweise vermögen nicht die gesuchten Kräfte zu beschaffen, so daß die Besetzung der Stellen immer schwieriger wird. Bei den fortbauenden Einberufungen ist letzterer Umstand leicht erklärlich.

Ein von jeher bereits an Entbehrungen gewöhnter Stand wird selten unerfüllbare Forderungen stellen, weil die Gewohnheiten des täglichen Lebens, schon von Kind auf sich mit Anspruchslosigkeit und Schlichtheit begnügen mußten.

Daher schüke man die Arbeiterschaft nach Möglichkeit vor wirtschaftlichen und physischen Nachteilen, damit auch dieser Stand lebens- und leistungsfähig bleibt, zum Nutzen und Segen der menschlichen Gesellschaft und des Staates, der jetzt jeder verfügbaren Arbeitskraft nötig bedarf.

M. S.

Die Arbeiterversicherung und die Schwerhörigen Arbeiter.

Wie notwendig für die Arbeiterklasse der weitere Ausbau der Sozialversicherung ist, zeigt sich auch unter anderem in der bedauerlichen Lage der schwerhörigen Arbeiter. Es ist nicht jede Art von Schwerhörigkeit heilbar, und für die unheilbare Qual der Entbehrung in geistiger und körperlicher Hinsicht. Vermittelt uns doch das Ohr durch die Aufnahme der Sprache das Menschliche im menschlichen Leben, den Umgang mit unseren Mitmenschen. Es erschließt uns eine der besten idealen Welten, die Welt der Töne, die mit Macht des Menschen Herz in seinen Tiefen zu erschüttern und zu ekstasen vermag. Zu den unheilbaren Fällen der Schwerhörigkeit zählt insbesondere die „fortschreitende Schwerhörigkeit“ (Otosklerose = Ohrenverhärtung). Die Entstehung dieses Leidens ist in den meisten Fällen auf Erklärungskrankheiten zurückzuführen, demzu-

folge eine zunehmende Verkalkung der Gehörwerkzeuge eintritt, durch die die Luftleitung unterbrochen wird. Die Schwerhörigkeit nimmt langsam und schleichend zu und erreicht erst nach Jahren einen hohen Grad. Als Begleiterscheinungen treten oft noch Ohrengeräusche wie Glockenläuten, Wassergeräusche usw. hinzu, die diese Kranken zur Verzweiflung treiben können.

Einer Besserung des Leidens steht die ärztliche Kunst noch hilflos gegenüber. Schreibt doch selbst Professor Dr. S. Walb (Bonn) im Handbuch der Ohrenheilkunde von Professor Dr. S. Schwarze:

„Bei keiner Krankheit wird mehr von den Ärzten gefündigt, wie bei der Sklerose. Wochenlange Kuren mit Katheter und Luftpumpe, Einschnitte ins Trommelfell, Einspritzungen von Medikamenten, Elektrizität: immer dieselbe Leidensgeschichte bei diesen Patienten. Und der Effekt? — Jedenfalls keine Besserung, oft genug eine rapide Verschlimmerung des Leidens. Gewiß ist, daß für die Sklerosen kein Heilmittel gefunden worden ist, auch kein operatives.“

Der gesundheitsvernichtende Krieg wird nun auch das Heer der unheilbar schwerhörigen Arbeiter bedeutend vermehren. Insbesondere die Erklärungskrankheiten im Felde werden noch nach Jahren zur unheilbaren Schwerhörigkeit führen. Um diesen unheilbar Schwerhörigen ihr Leiden zu erleichtern, haben einschlägige Firmen unter Zuziehung von Ohrenärzten verstanden, die Elektrizität dem Dienst der Schwerhörigen nutzbar zu machen. Es werden Hörapparate in Gestalt eines kleinen Taschentelephons hergestellt, deren praktische Anwendung ergeben hat, daß sie ein gutes Hilfsmittel darstellen, dem Schwerhörigen den teilweisen Verlust des Gehörs zu ersetzen. Die Preise dieser Apparate sind aber sehr hoch; ein guter, brauchbarer Hörapparat stellt sich auf über 100 M. — Da der Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter in der Entlohnung noch schlechter gestellt ist als der Gesunde, wird man es verstehen, daß dem Schwerhörigen die Anschaffung derartiger guter Hilfsmittel auf eigene Kosten schier unmöglich ist.

Die sozialen Versicherungseinrichtungen in Reich, Staat und in den Gemeinden haben aber der Fürsorge für schwerhörige Arbeiter noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Lehnte doch z. B. noch kurz vor dem Kriege die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe (Berlin) und auch die deutsche

Buchdrucker-Berufsgenossenschaft selbst einen Antrag ab, der nur eine Beihilfe zur Anschaffung eines elektrischen Hörapparates forderte. Erstere mit der Begründung: der Apparat stelle kein Heilmittel, sondern nur ein Hilfsmittel zum besseren Hören dar; letztere: „Es stehen uns keine Mittel dazu zur Verfügung.“ Nun sind aber die Brillen, das Bruchband und die verschiedenen künstlichen Gliedmaßen, die die Krankenkassen schon jetzt bewilligen, auch keine Heilmittel, sondern nur Hilfsmittel für die jeweiligen Kranken. Daß diese Hilfsmittel mit einer ähnlichen Begründung abgelehnt wurden, davon ist bisher nichts bekannt geworden. Den Krankenkassen sollte deshalb das Recht eingeräumt werden, die Kosten oder mindestens eine Beihilfe zu den Kosten bei Anschaffung von Hörapparaten zu bewilligen. Bei größeren Aufträgen an Hörapparaten durch die Krankenkassen dürften sich die Preise bedeutend niedriger stellen als bei einem einzelnen Apparat. Die Ausgaben hierfür würden aber durch die Ersparnis an Arztonorarien reichlich ausgeglichen werden. Läuft doch der Schwerhörige, trotz der Aussichtslosigkeit auf Besserung seines Leidens, immer wieder zum Arzt, obwohl die Kosten, die den Krankenkassen dadurch entstehen, meist zwecklos sind. Auch die Unfallversicherungskassen sollten der Fürsorge für schwerhörige Arbeiter näher treten, weil der Schwerhörige der Gefahr eines Unfalls, der ihm die Erwerbsfähigkeit rauben kann, in weit größerem Maße ausgesetzt ist als der Gutherbende. Gerade der Schwerhörige ist — bedrückt durch sein Gebrechen — ein williger Arbeiter; die Erfahrung hat gelehrt, daß der teilweise Mangel des Gehörs die geistigen Fähigkeiten eher schärft als lähmt. Schon deshalb wäre es ein Gebot der Menschlichkeit, daß die sozialen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinden auch auf die unheilbar schwerhörigen Arbeiter zeitgemäße Anwendungen finden.

S. B.

Korrespondenzen.

München. Wenn man bedenkt, daß gerade in der jetzigen Zeit der Lebensmittelnappheit insbesondere unsere in Arbeit stehenden Kolleginnen erst nach Feierabend die Jagd nach dem zum Leben Notwendigsten beginnen müssen, so ist es jedenfalls ein erfreuliches Zeichen, wenn wir konstatieren können, daß die in unserer Gewerkschafts-

Es bedurfte nunmehr nur noch der Anwendung einer Kurbel, um die Bewegung des Balancierers in eine rotierende zu verwandeln. Die Anwendung dieses einfachen Mittels wurde Watt jedoch zunächst verwehrt und zwar durch einen Konkurrenten, der, als er von Watts Absicht hörte, sich schleunigst die Anwendung der Kurbel für den Betrieb von Dampfmaschinen patentieren ließ und dadurch Watt zuvorkam. Watt behalf sich zunächst, indem er statt der Kurbel einen Nädermechanismus zur Anwendung brachte, das sogenannte Planetenradgetriebe, durch welches sich die Bewegung des Kolbens ebenfalls in eine rotierende verwandelt ließ. Auf die Dauer bewährte sich dieser Mechanismus jedoch nicht so gut wie die Kurbel, so daß Watt, sobald das Patent jenes Konkurrenten abgelaufen war, doch wieder zu dieser zurückkehrte.

Mit diesen mehrfachen neuen Organen und Verbesserungen versehen, war die Dampfmaschine nunmehr doch bereits ein ziemlich komplizierter Mechanismus geworden. Die Folge war, daß der Gang der Maschine doch nicht mehr jene Gleichmäßigkeit und Ruhe aufwies, wie sie bei einer einfachen Maschine von selbst gegeben sind. Es stellte sich somit die Notwendigkeit heraus, an der Maschine Vorrichtungen zu treffen, die auch trotz des komplizierten Mechanismus einen ruhigen und gleich- und regelmäßigen Gang der Maschine bewirkten, Vorrichtungen, deren Erfindung nunmehr die nächste Aufgabe Watts in seinem unermüdbaren Bestreben nach möglichster Verbesserung der Dampfmaschine war. Die erste Vorrichtung, die er für diesen Zweck zur Anwendung brachte, war das Schwungrad, das er auf der Welle anbrachte, an welcher die Kurbel angriff, eine Vorrichtung, durch welche die Ungleichförmigkeiten in den Wirkungen des Dampfdruckes im Zylinder geradlinig und bis zu einem

gewissen Grade ausgeglichen wurden. Die Ungleichförmigkeit des Dampfdruckes ist aber nicht die einzige Ursache, die Ungleichförmigkeiten und Unregelmäßigkeiten im Gange einer Dampfmaschine bewirken kann; eine ebensolche Ursache besteht auch in der wechselnden Belastung der Maschine. Ist beispielsweise an eine Dampfmaschine eine Reihe von Arbeitsmaschinen angeschlossen, die durch jene angetrieben werden, so ist der höchste Grad der Belastung der Dampfmaschine gegeben, wenn alle angeschlossenen Maschinen in Betrieb sind. Wird nun eine der angeschlossenen Maschinen zeitweilig

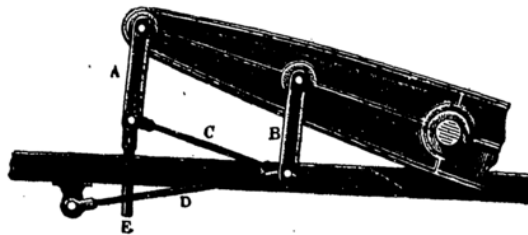


Fig. 5. Watt'sches Parallelogramm.

abgestellt, wie es ja in maschinellen Arbeitsbetrieb fortlaufend der Fall ist, so verringert sich während dieser Zeit die Belastung der Dampfmaschine. Letztere hat dann während dieser Zeit weniger Arbeit zu leisten, weniger Widerstand zu überwinden, und würde infolgedessen etwas schneller laufen. In um so höherem Maße ist das natürlich der Fall, je mehr der angeschlossenen Maschinen abgestellt werden oder je weniger diese selber belastet sind oder ihre Belastung wechselt. Die Dampfmaschine würde auf diese Weise bald schneller, bald langsamer laufen, wodurch auch der Lauf und die Arbeitsweise der angeschlossenen Werkmaschinen bald beschleunigt, bald verlangsamt

würde. Eine solche Ungleichmäßigkeit der Arbeitsweise läßt sich aber mit den Bedingungen der Fabrikation nicht vereinbaren und würde in vielen Fällen direkt von schädlichen Einflüssen auf Ausfall und Güte der Fabrikate sein. Um die aus der wechselnden Belastung der Dampfmaschine herrührenden Ungleichmäßigkeiten im Laufe derselben zu beseitigen, erfand Watt folgende Vorrichtung. Er brachte in dem Kofre, das den Dampf aus dem Kessel nach dem Zylinder leitet, eine Klappe, die sogenannte Drosselklappe an, eine Art Ventile, das quer zu dem Kofre befestigt ist und durch welches dieses mehr oder weniger geschlossen werden kann. Nimmt jetzt die Belastung der Dampfmaschine ab, so daß sie bestrebt ist, schneller zu laufen, so wird die Drosselklappe etwas geschlossen; dadurch wird der Zutrom des Dampfes zu dem Zylinder etwas behindert, es gelangt weniger Dampf in den Zylinder, der auch nicht so viel Kraft entfalten kann wie das größere Quantum, so daß die Maschine also auch nur mit verminderter Kraft, also nur etwas langsamer, laufen kann. Auf diese Weise wird das Bestreben der Maschine, infolge der verringerten Belastung schneller zu laufen, ausgeglichen und sie behält ihren früheren gleichmäßigen Gang bei. Nimmt die Belastung der Maschine dagegen zu, so braucht die Drosselklappe nur wieder entsprechend geöffnet zu werden, um der Maschine mehr Dampf und damit zugleich auch mehr Kraft zu geben und trotz des erhöhten Arbeitswiderstandes keine Verlangsamung bezw. Ungleichmäßigkeit des Laufes eintreten zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

woche angelegten Versammlungen durchaus gut besucht waren. Auch der Appell an unsere Mitglieder, die Indifferenten in die Versammlungen mitzubringen, war, soweit die Möglichkeit dazu bestand, nicht ohne Erfolg. Wo die Geschäfte teilweise brachliegen, hunderte Kollegen im Felde stehen und hunderte Kolleginnen gezwungen waren, außerhalb der Druckerien Beschäftigung zu suchen, fehlen uns natürlich auch diese Werbestärkte und muß dieses bei der Bilanzierung der agitatorischen Arbeit und des gehabten Erfolges mit in Rechnung gestellt werden. Immerhin wurde der gewollte Zweck erreicht, und mit Befriedigung können wir auf die agitatorischen Veranstaltungen zurückblicken. Es ist ja bei der ungeheuer langen Dauer des Krieges, bei dem in Masse in jeder Arbeiterfamilie vorhandenen Elend und bei der Konzentration aller Gedanken auf die notwendige Versorgung mit Lebensmitteln, mit all dem damit verbundenen Kummer und Verdruß, gar nicht Wunder zu nehmen, wenn die Arbeiter müßlos und an sich selbst irre werden. Um so notwendiger war es, in den Versammlungen die Blicke unserer Kollegenschaft abzuwenden von dem, was ist, und sie darauf zu richten, was werden soll. Dieser Aufgabe entledigte sich unser Vorsitzender, Kollege Schmid, der das Referat in allen Versammlungen übernommen hatte, mit großer Wärme und übertrug die ihn durchströmende Zuversicht, daß die Arbeiterkraft trotz allem nicht zu verzweifeln brauche, auf die Anwesenden. Ausgehend von dem durch die Gewerkschaften für die Arbeiterkraft bereits Vollbrachten in der Vergangenheit, ihrer Tätigkeit in der Gegenwart, unter besonderer Berücksichtigung unseres Verbandslebens, zeigte Kollege Schmid im einzelnen, welche gewaltigen, verschiedenartigen Aufgaben unserer für die Zukunft harren, und wie notwendig es zur Lösung derselben sei, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Einigkeit und Geschlossenheit wahren, ihre ganze Kraft einsetzen, um die freien Gewerkschaften noch weiter zu stärken. Die durch die in so großem Maße geübte Kriegsfürsorge geschwächten Kräfte der Gewerkschaften, auf die die Unternehmer bereits in ihrer Kampfeslust hinweisen, können am ehesten wieder ihre Stärke erhalten, wenn es sich die organisierte Arbeiterkraft zur heiligen Pflicht macht, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte uns noch Fernstehende sich den freien Gewerkschaften angeschlossen hat. Von all den schweren Opfern, die der unselige Krieg uns auferlegte, wird keines so reiche Früchte tragen als das kleine Opfer, das wir im Kriege unserem Verbandsbrüder bringen. So dunkel die Zukunft noch vor uns liegt, so wollen wir doch dafür sorgen, daß das Del herbeigeschafft wird zu dem Lichte, das auch diese erhellen soll. Möge der gute Eindruck, den unzweifelhaft die mit Beifall aufgenommenen Referate bei unseren Mitgliedern hervorgerufen haben, auch anhalten und die gesprochenen Worte noch lange in den Herzen derselben tönen.

Rundschau.

Textilarbeiter-Fürsorge. Auf Ersuchen der drei Textilarbeiterverbände hielt mit deren Vertretern der Regierungspräsident in Frankfurt a. D. kürzlich eine Besprechung ab, an der auch mehrere Arbeitervertreter aus örtlichen Unterstützungsausschüssen verschiedener Laufstärken teilnahmen. Den Arbeitervertretern wurde dadurch Gelegenheit gegeben, die Wünsche der Webstoffarbeiter, die auf einen Ausbau der Webstoffarbeiter-Fürsorge hinauszulaufen, ausführlich darzulegen. Im wesentlichen wird von dieser Seite die Bildung einer, den Ortsausschüssen übergeordneten und durch einen Regierungsbeamten geleiteten Bezirksstelle für die Webstoffarbeiter-Fürsorge angestrebt, in welche Abgeordnete der Unternehmer, der Arbeiter und der Gemeinden berufen werden sollen. Ferner wurde die Anpassung der Unterstützungssätze an die seit Einführung der Fürsorge eingetretene Verteuerung des Lebensunterhalts als äußerst dringlich bezeichnet und auf die demnächst sicher zu erwartende Steigerung der Zahl völlig erwerbsloser Webstoffarbeiter hingewiesen. Nach Erörterung der von den Arbeitervertretern vorgebrachten Wünsche sicherte der Regierungspräsident zu, der Angelegenheit weiter nachzugehen zu wollen.

Vom Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes erhalten wir folgende Zuschrift:
Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine anscheinend vom christlichen Textilarbeiterverband kommende Mitteilung, in der die Antwort des Staatssekretärs Dr. Helfferich auf eine Eingabe des Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiter-

verbandes, Reichstagsabgeordneten Schiffer, mitgeteilt wurde. Durch diese Notiz, sowie auch durch Versammlungsbeschlüsse ist der Anschein erweckt worden, als wenn der christliche Textilarbeiterverband vorzugsweise informiert würde. Das ist durchaus nicht der Fall. Eine wörtlich gleichlautende Antwort ist auch dem Deutschen Textilarbeiterverband schon vor längerer Zeit, datiert vom 10. Juli 1916, zugegangen. Wir hatten zurzeit keine Ursache, die Notiz der Öffentlichkeit zu übergeben und die Gemeinden dadurch nochmals auf die Bundesratsverordnung vom 13. April 1916 zu stoßen, zumal durch die Antwort des Staatssekretärs an dem Inhalt der genannten Bundesratsverordnung durchaus nichts geändert wird, wie ja auch die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 33 vom 19. August 1916 zuabst, indem sie referierend bemerkt:

„Aus diesem Bescheid geht klar hervor:
1. Die Prüfung der Bedürftigkeit ist geboten;
2. für geringen Lohnausfall soll Unterstützung nicht gewährt werden;
3. ist die Bedürftigkeit anerkannt, so ist der Bundesratsverordnung Genüge geleistet und die Gemeinden haben das Recht, nach eigenem Ermessen die sonstigen Bestimmungen zu treffen, so a) hinsichtlich aller anderen Voraussetzungen für das Anrecht auf Unterstützung, b) hinsichtlich der Höhe und c) der Art der Unterstützung;
4. bei Anerkennung der Bedürftigkeit darf die Unterstützung angemessen hoch sein. Daraus muß in den Gemeinden eingewirkt werden;
5. Beschwerden sind zu richten zunächst an die Aufsichtsinstanzen (in Preußen: Landräte, Regierungspräsidenten, in Bayern, Württemberg und Baden an die Bezirksämter), dann an die Landesregierungen (Minister des Innern und Finanzminister).“

Es lag um so weniger Ursache vor, die Antwort damals zu veröffentlichen, als die Reichskonferenz in Bamberg in greifbare Nähe gerückt war und dort die Wünsche und Forderungen der Textilarbeiter in aller Deutlichkeit formuliert wurden und auch den Staatsregierungen zugänglich gemacht worden sind. An der Reichskonferenz hat sich allerdings der christliche Textilarbeiterverband nicht beteiligt. Vielleicht war ihm die Antwort des Staatssekretärs genügend.

Kann es in Deutschland eine Salznot geben? Das Deutsche Reich besitzt neben zahlreichen natürlichen Solquellen einen durch viele Bergwerksbetriebe und Tiefbohrungen erschlossenen, in Jahrtausenden nicht zu erschöpfenden Salzvorrat, durch den es in den Stand gesetzt ist, nicht allein den eigenen Bedarf an Speise-, Vieh- und Gewerbe- salz vollaus zu decken, sondern darüber hinaus einen namhaften Ausfuhrhandel zu treiben, wobei uns noch ganz besonders der Umstand zugute kommt, daß in vielen Werken das Salz nur im Nebenbetriebe gefördert wird, so daß der Salzpreis sehr niedrig gestellt und daher der Wettbewerb leicht bekämpft werden kann. Nach der amtlichen Statistik wurden im Deutschen Reich allein von 71 Salinenbetrieben aus natürlicher Sole oder durch planmäßige Auslösung von Steinsalzlagern 671 622 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Rochsalz (Siedesalz) im Werte von rund 17,6 Millionen Mark gewonnen, während die Erzeugung von bergmännisch gewonnenem Steinsalz 1 296 302 Tonnen im Werte von 6,18 Millionen Mark betrug. Von der gesamten Salzerzeugung von annähernd zwei Millionen Tonnen wurden etwa 430 000 Tonnen ausgeführt, wogegen nur rund 18 000 Tonnen ausländisches Salz zur Einfuhr kamen. Mitbin standen für den heimischen Verbrauch von deutschem Siedesalz und Steinsalz rund 1 556 000 Tonnen (gleich 1 556 Millionen Kilogramm) zur Verfügung. Der durchschnittliche, vom statistischen Amt ermittelte Jahresverbrauch an Rochsalz zu Speisewezden beträgt etwa 7,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Das macht für 65 Millionen Einwohner 457,5 Millionen Kilogramm, das wäre also nur ein Drittel der wirklich erzeugten Gesamt-Salzmengen und nur zwei Drittel der deutschen Siedesalzerzeugung, wobei zu bemerken ist, daß wir damit noch lange nicht die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht haben. Salznot könnte also in Deutschland aus Mangel an Material in den nächsten Jahrtausenden nicht eintreten, denn unsere Salzlager sind unerschöpflich, aber auch durch etwaige Förderungseinschränkungen ist sie in keiner Weise zu beschränken. Die Gewinnung des Siedesalzes, von dessen Gesamtzeugung wir, wie oben bereits gesagt wurde, nur zwei Drittel zu Nahrungszwecken verbrauchen, ist mit einem so geringen menschlichen Arbeitsaufwand verbunden, daß die zur Erzeugung nötigen menschlichen Arbeitskräfte unter allen Umständen zu beschaffen sind, zumal

bei beim Siedeverfahren zu verrichtenden Arbeiten verhältnismäßig leicht und einfach sind, so daß sie ohne weiteres von Frauen ausgeführt werden könnten.

Aus dem hier Gesagten erhebt sich ohne weiteres, daß die in der Presse von Zeit zu Zeit und auch neuerdings wieder auftretenden Gerüchte von einem bevorstehenden Salzangel nur Machenschaften irgendwelcher unlauteeren Elemente sein können, die wohl hoffen, die Unwissenheit des Publikums zur Bereicherung ihres Geldbeutels auszunutzen zu können.

Die Geltung eines Tarifvertrages. Eine recht interessante Auslegung der Wirkung eines Tarifvertrages hat das Gewerbegericht in Solingen gegeben, die deshalb auch für andere Gewerbe wertvoll ist, weil die Kriegsindustrie vielfach Verwirrung in die Tarifverhältnisse getragen hat. Eine Solinger Stahlwarenfabrik, die im Frieden keine Waffen macht, hatte die Fabrikation von Seitengewehren übernommen, ohne dem Waffenfabrikantenverein beizutreten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der drei Hauptbranchen der Waffenarbeiter sind zwischen deren Organisation, dem Solinger Industriearbeiterverband und dem Waffenfabrikantenverein tariflich geregelt. Die dort festgesetzten Preise hat auch der Stahlwarenfabrikant anstandslos bezahlet, ebenso die sonstigen Arbeitsbedingungen eingehalten. Eine Aenderung in den Vorschriften der Herstellung von Seitengewehren machte eine Aenderung des Tarifvertrages notwendig, die in einem Punkt eine Ermäßigung des Preises einer Teilarbeit, in einem andern Punkt eine Erhöhung mit sich brachte. Der Stahlwarenfabrikant ließ nun den Vertrag für sich nur bezüglich der Ermäßigung gelten, jedoch nicht im andern Punkt. Vor dem Gewerbegericht berief er sich darauf, daß er nicht an den Vertrag gebunden sei, da er dem Waffenfabrikantenverein nicht angehöre. Das Gewerbegericht erkannte an, daß ein Tarifvertrag nur die beteiligten Organisationen binde. Wer außerhalb der Organisation stehe, könne nur durch Verhandlung oder Arbeitsverweigerung zur Anerkennung gezwungen werden. In diesem Falle aber habe der Unternehmer die für ihn günstige Aenderung des Vertrages akzeptiert und auf seine Arbeiter angewandt, dann müsse er auch die für die andere Seite günstige Aenderung anerkennen. Das Gericht verurteilte den Fabrikanten dem Klageantrag entsprechend. Für die Arbeiter hat das Urteil die Folge, daß der Fabrikant 3200 Mk. Lohn nachzahlen muß.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen

Gustav Reue,

Stückarbeiter (Eisner), geboren am 28. Mai 1887, gefallen am 20. September etc. in Rußland.

Georg Dohse,

Rotationsarbeiter (Greve), geboren am 28. Oktober 1886, gefallen am 22. September 1916 im Osten.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Die Bahnhalle Berlin.

Am 18. September haben wir unsern Kollegen

Matthias Stas,

geboren am 14. November 1886, (Einkleber in der Rheinischen Zeitung), durch den Tod auf dem Schlachtfelde verloren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Bahnhalle Köln am Rh.

Bei einem Sturmangriff in Rußland verloren wir am 8. September unsern lieben Kollegen

Otto Schiller.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Bahnhalle Dresden.